

Begrüßung durch die Veranstalter: Fachliche und politische Perspektive des „Berlin-Prozesses“

Den politischen Rahmen bilden die drei Säulen des Europarats: Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit. Die Europäische Fachkonferenz „Soziale Brennpunkte – eine Herausforderung für eine integrierte Kinder- und Jugendpolitik“, die vom 30. Januar bis 1. Februar 2006 in Strasbourg stattfindet, soll Impulse setzen für die Beförderung dieser Themen auf kommunaler Ebene im Hinblick auf junge Menschen. Derzeit läuft der Konsultationsprozess zur Neuauflage der Europäischen Städtecharta des Europarats (Urban Charta) sowie der Charta zur Jugendbeteiligung auf lokaler Ebene. Darüber hinaus ist es geplant, Anfang November 2005 in Warschau ein Forum für die Zukunft der Demokratie ins Leben zu rufen. Die Teilnehmer/innen der Europäischen Fachkonferenz 2006 sollten sich in diese Prozesse einbringen.

Die Themen Sozialer Zusammenhalt, Integration und Beteiligung junger Menschen werden nach Einschätzung des Direktorats für Jugend und Sport des Europarats weiterhin wesentliche Schwerpunkte der nächsten Jahre im Jugendbereich sein. Im Juni 2006 beginnt die Kampagne des Europarats „Diversity – Human Rights – Participation“, die die Initiative „All different, all equal“ fortführt. Hierbei können die Kommunen einen aktiven Beitrag leisten, um die Kampagne vor Ort mit Leben zu füllen. Die Schlusserklärung der Europäischen Jugendminister am 23./24. September 2005 in Budapest („Human dignity and social cohesion: youth policy responses to violence“) betont die Notwendigkeit von Aktivitäten für junge Menschen, insbesondere zur Bekämpfung von Gewalt.

Die Europäische Union widmet sich seit November 2001 im Rahmen des Weißbuch-Prozesses „Neuer Schwung für die Jugend Europas“ verstärkt den Belangen junger Menschen. Der „Europäische Pakt für Jugend“, der im März 2005 von den EU-Staats- und Regierungschefs vereinbart wurde, betont das Potenzial und die Einbeziehung der Jugendlichen in Gesellschaft und Arbeitsleben für das Wachstum in Europa. Das Ziel besteht darin, die Aus- und Weiterbildung, Mobilität und die berufliche und soziale Integration junger Europäer/innen zu verbessern sowie die Vereinbarkeit von Familie und Berufsleben zu gewährleisten. Durch diese Initiativen wird das Thema Jugend als Querschnittsthema auf europäischer Ebene betont und die Forderung nach integrierten Politikansätzen deutlich. Die Europäische Kommission und der Europarat erarbeiten derzeit ein Portfolio zu non-formaler Bildung und deren Qualitätssicherung und Zertifizierung. Darüber hinaus werden weitere Indikatoren für die nationalen Jugendpolitiken entwickelt, die Bereiche wie Gesundheit und Teilhabe junger Menschen betreffen.

Die Veranstalter betonten die Bedeutung der lokalen Praxis und der kommunalen Handlungsansätze in den Kommunen für den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaften. Die lokale Ebene macht letztlich „die Europäische Politik“ aus und ist der Ort, an dem Beteiligung gelebt werden muss.